

Buchbesprechungen:

## Europas Beitrag zum Frieden

Vom militärischen zum zivilen Krisenmanagement  
ÖSFK (Hrsg.), Red. Thomas Roithner

1. guernica, Zeitung der Friedenswerkstatt Linz, Nr. 1/2000, Linz.
2. Wissenschaft & Frieden, Nr. 3/2000, Seite 67, Marburg.
3. Pax Christi, Nr. 2/2000, Seite 19.
4. Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol), Nr. 1/2001, Seite 439-440.
5. Kranich, Zeitung des Friedensbüros Salzburg, Nr. 2/2001, Salzburg.
6. Welttrends, Nr. 33, Winter 2001 / 2002, Seite 167-170, Potsdam.

1.

„Friedensmacht Europa – das war für mich immer ein schlechter Witz – heute ist es eine Tragödie.“ schreibt Johan Galtung an Elmar Altvater unter dem Eindruck des Bombardements der NATO in Jugoslawien. Der 37. Band der Reihe „Dialog – Beiträge zur Friedensforschung“ steht auch im Zeichen der Analyse dieses Krieges und den daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen.

Elmar Altvater betrachtet in seinem Beitrag die Ökonomie eines friedlichen Europa nach dem Krieg in Jugoslawien. Altvater beschreibt, wie unter anderem die harten Auflagen der internationalen Institutionen in den 80ern in Jugoslawien einen Beitrag leisteten, daß die höher entwickelten Teile Jugoslawiens den „Ballast“ der nachhinkenden Regionen, loszuwerden trachteten. Vielfach unterstützten die westlichen außenpolitischen Eliten den Separatismus. Nationalistische Tendenzen konnten daher auch Oberhand in Jugoslawien gewinnen. „Die Bomben haben alles verschlimmert“, so Altvater. Die Frage ist nun eine ökonomisch tragfähige Grundlage in Südosteuropa. „Derzeit“, so Altvater weiter „sieht es eher danach aus, als ob nach den Bomben Euro, D-Mark und Dollar abgeworfen werden, nicht um den Menschen zu helfen, sondern um westlichen Firmen satte Aufträge zum Wiederaufbau der von den Bomben zerstörten Infrastruktur zu verschaffen.“ Den staats- und rechtstheoretischen Rechtfertigungen eines Aggressionskrieges stellt Altvater stichhaltige völkerrechtliche Argumente klar gegenüber. Auf Basis einer Analyse über die Globalisierung stellt Altvater Europas Potentiale dar. Norbert Ropers vom Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung schließt seine Analyse über Handlungsebenen und Arbeitsfelder des zivilen Krisenmanagements an.

Unter den Orientierungen für das nächste Jahrtausend stellt Lutz Unterseher (Studiengruppe Alternative Sicherheit, Bonn) Fragen über die Zukunft der militärischen Krisenreaktion in Europa. Unterseher meint, daß wir an der Tatsache nicht vorbeikommen, daß *gegenwärtig* in Europa verschiedenerorts Truppen gebraucht werden. Weil Unterseher diese Entwicklung nicht als wünschenswert bezeichnet, versucht er auch Fragen nach den Möglichkeiten der Krisenprävention zu beantworten. Unterseher macht mit seinem Beitrag um die Diskussion über Militäroperationen eine wichtige und unausweichliche friedenspolitische Gratwanderung.

Nach der Überschrift „Zivilisierung der Außenpolitik – Chancen einer zivilen Konfliktkultur“ steigt die Spannung schlichtweg ins Unerträgliche. Die Autorin ist Angelika Beer und sitzt für die deutschen Grünen im Bundestag. Mit dem Hintergrund des enormen Aufruhrs in der grünen Basis – die Unterstützung der NATO-Aggression hat zahlreiche Grün-Mitglieder bewogen, ihre Parteimitgliedschaft aufzukündigen – stellt sie fest, „wie weit wir noch von einer zivilen Konfliktkultur entfernt sind.“ Beer beklagt mangelnde Mittel für zivile Konfliktbearbeitung. Weiters fordert sie eine neue Diskussion über das Militär ein: Die Perspektive eines Abbaus und Umbaus sollte dabei ins Zentrum gerückt werden. Beer skizziert anschließend Elemente einer präventiven Außen- und Sicherheitspolitik. KritikerInnen könnten angesichts der deutschen Zustimmung zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO diesen Beitrag Deutschlands zum Frieden im Europa doch relativieren.

Arno Truger betrachtet die Arbeit nichtstaatlicher Akteure (NGOs) beim Krisenmanagement. Neben den Aufgaben analysiert er methodische und praktische Herausforderungen für NGOs. Der Geschäftsführer des Vereins Österreichische Friedensdienste (ÖFD), Markus Pühringer, skizziert die gelebte Praxis der Friedensdienste am Balkan. Aus der unmittelbaren Praxis gibt Pühringer einen Einblick in die Entwicklung der einzelnen Projekte und beschreibt die Aufgaben der österreichischen FriedensdienerInnen in Mostar, Vukovar und Novi Sad. Die ProjektpartnerInnen des ÖFD sind in erster Linie lokale Friedens- und Menschenrechtsorganisationen. Ernstgemeinte Zusammenarbeit und nicht das Aufstülpen von Ideen sind die Grundlage für die Hoffnung und Mut machenden Projekte des ÖFD.

Die Konflikttrainerin aus dem Friedensbüro Salzburg, Hania Fedorowicz, beschreibt die Methoden der Gemeinschaftsbasierenden Konfliktlösung (GBKL) als Möglichkeiten, Auseinandersetzungen positiv auszutragen. GBKL ist eine Möglichkeit, um tief verwurzelte Konflikte kreativ und konstruktiv zu lösen.

Gerald Mader, Präsident des Friedenszentrums Schlaining, betont den Wert der österreichischen Neutralität. Trotz des seit Jahren andauernden medialen Trommelfeuers für die NATO sprechen sich rund 80 % der ÖsterreicherInnen für die Neutralität aus. „Die Neutralität ist nicht unmoralisch und die NATO ist nicht die große Friedensbewegung.“ Die Neutralität hat eine Schutzfunktion für Österreich: Sie sichert uns ein Entscheidungsrecht an der Beteiligung an Einsätzen (UNO, NATO oder EU), sie ist ein verfassungsrechtliches Hindernis für den NATO-Beitritt, sie verhindert österreichische Verwicklungen in NATO-Kriege und sie verhindert die Teilnahme Österreichs an Kriegen außerhalb der UNO-Satzung.

Der Sicherheitsexperte Peter Steyrer analysiert die österreichischen Streitkräfte zwischen atlantischer Vision und europäischer Wirklichkeit. Steyrer streicht heraus, daß die Realverfassung der NATO unter der Hegemonie der USA steht. Für die österreichischen Streitkräfte können die Aufgaben Grenzsicherung zum Schutz vor einem Übergreifen etwaiger Kampfhandlungen, Friedenserhaltung bei der UNO sowie Katastrophenschutz als vordringlich betrachtet werden.

Österreichs zwischen ‚neuer‘ NATO und Militärunion? Diese Frage stellt der Beitrag von Thomas Roithner. Er zeichnet den Prozeß der Militarisierung der EU nach. Als Alternative skizziert Roithner die Neutralität Österreichs. Was Neutralität in seinen Ausprägungen alles bedeuten kann, beschreibt er an Hand von Bewegungen für Neutralität und deren Vorstellungen für ein friedlicheres Europa. Die Neutralitätsbewegungen und -initiativen aus

Ungarn, Tschechien, Polen, Bulgarien, der Slowakei sowie Bewegungen aus den neutralen Staaten in der EU werden beschrieben.

Brigadier Johann Pucher stellt die Frage, wieviel Streitkräfte Österreich und die EU brauchen und vertragen. Auf Basis der Trends europäischer Sicherheitspolitik analysiert Pucher, daß die derzeitige Struktur des Bundesheer nicht effektiv sei und auf überholte Bedrohungsszenarien ausgerichtet ist. „Österreich verträgt sicher weniger Bundesheer, vor allem jedoch ein anderes“, so Pucher. Benötigt wird ein moderneres, effektiveres, interoperables und europafähiges Heer. Vorbedingungen für Krisenmanagement-Einsätze des Militärs im Ausland sind ein UNO- oder OSZE-Mandat. Es besteht keine Notwendigkeit, friedensschaffende oder enforcement-Einsätze zu betonen. Im klassischen Peacekeeping gibt es künftig genug Betätigungsfelder. Diese Einsätze sind für Pucher „österreichische Solidarität auf der Basis gelebter Neutralität“.

Der Berliner Politikwissenschaftler Ulrich Albrecht stellt im „Brennpunkt Kosovo“ unter anderem die Frage, ob der Kosovo-Luftkrieg ein Muster für die Zukunft ist. Albrecht sieht die Spielregeln der NATO durch *power negotiation* (wenn nicht unterschrieben wird, setzt es Bomben) als Teil der neuen Weltordnung.

Die Grazer Völkerrechtlerin Renate Kicker bietet einen Überblick über völkerrechtliche Interpretationen und Auswirkungen des Krieges. Die Meinungen reichen von einer völkerrechtlich begründeten Ablehnung (z. B. August Pradetto) bis zur „Rechtfertigung für eine humanitäre Intervention“.

Der Kölner Friedenswissenschaftler Lutz Schrader analysiert an Beispielen friedenspolitischer Paradigmen (Zbigniew Brzezinski, Jürgen Habermas und Johan Galtung) mit dem Hintergrund des NATO-Krieges in Jugoslawien friedenswissenschaftliche Bilanzen und zeigt neue Konstellationen auf.

Unter den AutorInnen des Bandes finden sich weiters Beiträge von der nunmehrigen Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, dem Vorsitzenden des Versöhnungsbundes Ernst Schwarcz, Ghazi Algosabi, Hans-Joachim Heintze von der Universität Bochum, Ferenc Miszlivetz, dem entwicklungspolitischen Experten Franz Nuscheler und dem Schweizer Journalisten Andreas Zumach.

*Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Europas Beitrag zum Frieden. Vom militärischen zum zivilen Krisenmanagement, Redaktion: Thomas Roithner, Dialog 37 – Beiträge zur Friedensforschung, Agenda-Verlag, Münster 2000.*

Quelle: Thomas Roithner (2000): Europas Beitrag zum Frieden. Buchbesprechung, in: *guernica*, Zeitung der Friedenswerkstatt Linz (Hrsg.), Nr. 1/2000, Seite 8, Linz, März 2000.

2.

Aus der Kritik an der NATO-Strategie heraus zeigt das Buch Wege nichtmilitärischen Krisenmanagements und präventiver Friedenspolitik auf. Besondere Bedeutung kommt dabei den NGOs, lokalen und überregionalen Bewegung gegen Krieg und Militarismus zu. Die Chancen ziviler Konfliktlösung werden aus politischen, ökonomischen, militärischen, rechtlichen, friedenskulturellen und entwicklungspolitischen Denkrichtungen ausgelotet.

Quelle: Wissenschaft & Frieden (W&F), Nr. 3/2000, Seite 67, Marburg.

3.

„Europas Beitrag zum Frieden. Vom militärischen zum zivilen Krisenmanagement“ ist der Titel einer Schrift, die das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung herausgegeben hat. AutorInnen wie Elmar Altvater, Angelika Beer und Andreas Zumach loten die Chancen nichtmilitärischen Krisenmanagements und präventiver Friedenspolitik von politischen, ökonomischen, militärischen, rechtlichen, friedenskulturellen und entwicklungspolitischen Denkrichtungen her aus.

Quelle: Zeitschrift von Pax Christi, Nr. 2/2000, Seite 19.

4.

Der Band dokumentiert die 16. Internationale Sommerakademie des Studienzentrums im Juli 1999 auf der Burg Schlaining. Unter dem direkten Eindruck des Kosovo-Krieges stellen die Autoren das Vorgehen der NATO ins Zentrum ihrer Überlegungen. Neben Diskussionen um die Legitimität sogenannter humanitärer Interventionen, die Rolle der Vereinten Nationen und friedentheoretische Lösungsansätze der Konfliktbearbeitung stehen besonders Aspekte des österreichischen Beitrages zur zivilen Konfliktlösung im Mittelpunkt. (TH)

Quelle: Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol), Nr. 1/2001, Seite 439-440.

5.

Der Kosovo-Krieg hat deutlich gemacht, dass sich die sicherheits- und friedenspolitische Koordinaten in Europa nachhaltig verschoben haben. Wie ist es um die Legitimität sogenannter humanitärer Interventionen bestellt? Kommt die politische Formel der Nachkriegszeit „Nie wieder Krieg!“ in die Mottenkiste des 20. Jahrhunderts? Gerade wenn sich der Trend zu militärischen „Lösungen“ nicht durchsetzen soll, sind durchdachte und praktikable Konzepte der zivilen Konfliktbearbeitung mehr denn je gefragt. Aus der Kritik an der NATO-Strategie heraus zeigt das Buch Wege nichtmilitärischen Krisenmanagements und präventiver Friedenspolitik auf. Besondere Bedeutung kommt dabei den NGOs, lokalen und überregionalen Bewegung gegen Krieg und Militarismus zu. Die Chancen ziviler Konfliktlösung werden aus politischen, ökonomischen, militärischen, rechtlichen, friedenskulturellen und entwicklungspolitischen Denkrichtungen ausgelotet.

Quelle: Kranich, Zeitung des Friedensbüros Salzburg, Nr. 2/2001.

## Rezensionen

### Der Balkan: Pulverfass ohne Boden<sup>1</sup>

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Europas Beitrag zum Frieden – Vom militärischen zum zivilen Krisenmanagement, agenda Verlag, Münster 2000, 251 S., ISBN 3-89688-067-5

Ein interessantes und wichtiges Buch liegt vor. Seine 26 Beiträge, zumeist von Autorinnen und Autoren aus der deutschsprachigen Friedensforschung geschrieben, gehen zurück auf die 16. Internationale Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung im Jahr 1999.

Gedanken, Analysen und Strategien zur möglichst gewaltlosen Bewältigung von Krisen in Europa sind heute notwendiger denn je. Im Frühsommer 2001, da diese Zeilen geschrieben werden, nach der Brüsseler NATO-Ratstagung und dem ersten Auftritt von Präsident George W. Bush in Europa, quellen deutschsprachige Medien geradezu über in der Lobpreisung der NATO als des Nonplusultra jeglicher Friedenssicherung und Konfliktlösung für Europa und die Welt. Im deutschen Bundestag konnten sich die regierenden Parteien, voran die verantwortlichen Bundesminister Fischer und Scharping, nicht genug der vermeintlichen Erfolge des NATO-Einsatzes im Kosovo rühmen. Ein tiefer Kontrast zu den Auffassungen der Autoren des vorliegenden Bandes.

Die Autoren des Buches bieten je nach Herkunft und Profession ein sehr verschiedenartiges Bild von Wegen zum nichtmi-

litärischen Krisenmanagement. Die österreichische Staatssekretärin steht da neben der Bundestagsabgeordneten aus Berlin, Professoren der Rechte, der Ökonomie und der Politischen Wissenschaften teilen sich den Platz mit Theoretikern und Praktikern aus verschiedensten Friedensinitiativen und -bewegungen. Quellenbelegte Analysen vertragen sich mit knappen, aber dezidierten Meinungsäußerungen. Das vielfältige Bild, das so entsteht, ist im vorliegenden Band nach fünf Themenbereichen strukturiert: 1. Welttrends und Konflikte, 2. Friedens- und sicherheitspolitische Orientierungen für das nächste Jahrtausend, 3. Entwicklungszusammenarbeit als präventive Friedenspolitik, 4. Österreichs Beitrag zum zivilen Krisenmanagement, und schließlich 5. Brennpunkt Kosovo.

Europas Beitrag zum Frieden – Vom militärischen zum zivilen Krisenmanagement, steht natürlich mancher politisch/wissenschaftlichen Zielvorstellung und den Wünschen und Hoffnungen vieler Menschen näher als der gesellschaftlichen Realität unserer Tage. Daraus aber ergibt sich gerade die unbedingte Notwendigkeit, solche Vorstellungen und Denkanstöße möglichst weiter zu vermitteln. Was die allgemeinen sicherheitspolitischen Grundtendenzen der Aussagen betrifft, so herrscht hier eindeutig ein NATO-kritischer Tenor vor. Angesichts bisher vergeblicher Lösungsversuche für die Balkankrise der Gegenwart beurteilt Lutz Unterseher „die Länder der EU als Kollektiv kaum handlungsfähig“, die NATO dagegen als „letztlich kaum friedensfähig“ (S. 63). Krisenreaktionskräfte an die OSZE gebunden, scheinen ihm tragfähiger und „eine weitere Aufwertung der NATO oder Militarisierung der Europäischen Union als riskant oder unrealistisch“ (ebd.). Gerold Mader bedauert als Trend der 90er Jahre: „Die hegemoniale Friedenssicherung ersetzt die kooperative Friedenssicherung, USA und NATO verdrängen UNO und OSZE“ (S. 139). Peter Steyer zieht ein ähnliches Fazit, die NATO habe sich aus einer Militärallianz, mit der Aufgabe gegen-

<sup>1</sup> Siehe dazu ausführlich WeltTrends Nr. 32/2001, S. 9-84.

seitiger Verteidigung und des Beistandes, zu einer Kriegskoalition zur Durchsetzung der außenpolitischen Interessen der USA gewandelt. Angelika Beer fürchtet zumindest die Handlungsmöglichkeiten deutscher Außenpolitik durch die Einbindung in NATO und EU in gewisser Weise eingeschränkt und plädiert dafür, „mittels UNO- und OSZE-Weiterentwicklung eine Rahmenstruktur für eine zivile Konfliktkultur zu schaffen“. Auch die viel beschworene Rede vom Sieg der NATO im Kosovo könne nicht darüber hinwegtäuschen, „dass es einen wirklichen Sieg der NATO nicht gibt“ (S. 88).

Den harten Fakten der internationalen Lage stehen nun z.B. N. Ropers Schemata zur Klassifikation von Maßnahmen der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung gegenüber. Der Stärkung der inneren Akteure im Konfliktfall spricht er das Wort, setzt sich für Friedensallianzen ein, da ja Konflikte zur Zeit seltener zwischen- als innerstaatlichen Streitlagen folgen. Grundwerte eines zivilisierten und kulturellen Lebens, moralische und ethische Werte, wie sie von allen Weltreligionen getragen werden, befürwortet Ernst Schwarz, um ein breites Bewusstsein für allgemeingültige Ethik zu fördern. Eine wachsende Rolle der NGO im Krisenmanagement verzeichnet Arno Truger. Über Aktivitäten und sinnvolle Projekte des Österreichischen Friedensdienstes berichtet ausführlich Markus Pühring. Eine interessante Gegenüberstellung von friedentheoretischen Konzepten bietet Lutz Schrader. Der „realistischen“ Schule eines Zbigniew Brzezinski – „Frieden durch Macht“ – und der „liberalen“ Schule Jürgen Habermas – „Frieden durch Recht“ – stellt er die zivilisations-theoretische Schule Johann Galtungs „Frieden durch Kultur“ gegenüber. Er vermeidet dabei ein plumpes und unfruchtbares Gegenüber der drei Konzepte, räumt ein, dass Galtungs „Schule“ in Entwicklung begriffen, mehr noch einem Forschungsprogramm ähnelt und empirischer und theoretischer Weiterentwicklung bedarf. Dennoch schil-

dert er den ganzheitlichen Ansatz Galtungs als einzig zukunftsfruchtig. Volle Unterstützung verdient die von den Autoren zur Friedensbewegung mehrfach betonte Bereitschaft, gegenseitig Erfahrungen auszutauschen und in solidarischer Partnerschaft voranzugehen.

Zu ökonomischen Fragen äußern sich vor allem Elmar Altvater und Franz Nuscheler. Konstruktiv legt Altvater sieben Gesichtspunkte für die Gestaltung einer friedensfähigen Ökonomie Europas vor, die einen Umschlag in militärische Auseinandersetzungen verhindern könnte (S. 21). Solange lediglich „Sachzwänge“ der Konkurrenz und kurzfristige Rentabilitätsgesichtspunkte zu Gunsten eines *shareholder value* regieren, gibt es weder für stabilen Frieden noch für gesicherte Menschenrechte eine Gewähr. Eine Ausrichtung der Entwicklungspolitik der Staaten an vorhandenen Grundlinien wie der Agenda für den Frieden des UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali oder der Strategie für Entwicklungszusammenarbeit der OECD von 1996 fordert Nuscheler ein. Das Schlüsselproblem Armut weltweit wenigstens zu entschärfen, sei die Aufgabe der Krisenprävention. Hier wirke die Amputation der Entwicklungshilfe durch die reichen Staaten heute ebenso kontraproduktiv, wie seinerzeit der Primat von geostrategischen und kommerziellen Interessen bei der Entwicklungshilfe in der Zeit des Kalten Krieges. Es fehlte nicht an Erkenntnissen, was zur Friedenssicherung nötig sei, „sondern an politischem Willen, das als vernünftig und notwendig Erkannte in politisches Handeln umzusetzen“ (S. 127).

Für den deutschen Leser scheinen mir auch spezifische Österreich betreffende Beiträge von besonderem Interesse. Frau Benita Ferrero-Waldner lobt vor allem die Aktivitäten ihrer Regierung für Entwicklungszusammenarbeit. Leider ging sie auf die kritischen Hinweise Nuschelers nicht ein. Österreich scheint sich auf dem Feld der Entwicklungshilfe nicht glänzender zu bewegen als

andere vermögende Staaten. Bemerkenswert im positiven Sinne dagegen das Plädoyer Gerold Maders für Österreichs Neutralität. „Die Neutralität ist nicht unmoralisch und die NATO ist nicht die große Friedensbewegung“ (S. 141), so fasst er seine Auffassung zusammen. Ähnlich argumentiert Joachim Pucker. Bedenklich für Europa und Österreich seien weniger die Zahl der Streitkräfte als die politischen Rahmenbedingungen, unter denen militärische Kräfte in Europa agieren. Die vom NATO-Gipfel in Washington vom April 1999 gegebene neue strategische Leitlinie diene weder der Vertrauensbildung noch der Förderung von Stabilität. Ein reduziertes und modernisiertes Bundesheer, eine Reform des Wehrsystems des Landes könnten das Bundesheer als Instrument einer aktiven solidarischen Außen- und Sicherheitspolitik in Europa fördern. Unter diesen Bedingungen könnte sich Schritt für Schritt auch eine Bereitschaft entwickeln, an einer multinationalen, zentraleuropäischen Brigade mitzuwirken, ein Beispiel österreichischer Solidarität „auf der Basis gelebter Neutralität“ (S. 172). Auch Peter Steyer kritisiert die Tendenz amtlicher Regierungspolitik in Österreich unter der Devise „Raus aus der Neutralität, hin zur NATO“. Er sprach sich gegen einen Militärapparat in Österreich aus, „der überdimensionierte Funktionen erfüllen soll, für die sowohl der politische als auch der verfassungsrechtliche Auftrag fehlt“ (S. 182). Unter den juristischen Beiträgen schildert Hans-Joachim Heintze kenntnisreich das Entstehen der Ad-hoc-Strafgerichtsbarkeit. Er endet mit dem Betonen des Gleichheitsgrundsatzes. Er fordert, wenn es Ad-hoc-Tribunale für Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien gibt, dürfen auch Verbrechen in anderen Teilen der Welt nicht ungesühnt bleiben. Renate Kicker kommt in ihrem Überblick über den „Schulenkrieg“ der Völkerrechtler, ob die humanitäre Intervention im modernen Völkerrecht bereits eine Rechtsfigur darstellt, zu der Schlussfolgerung, die Inanspruchnahme eines Rechts auf

humanitäre Intervention durch einzelne Staaten bzw. Staatengruppen außerhalb des Systems der Vereinten Nationen „birgt eine enorme Gefahr des Missbrauchs in sich“ (S. 206). Die angebliche Krisenbewältigung in Kosovo wurde unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten einer heftigen Kritik unterzogen, juristisch, realpolitisch und militärisch. Die materiellen Schäden mögen zum Teil reparabel sein, die politische Bilanz des Krieges weist allerdings Schäden auf, die kaum reparabel erscheinen, resümiert Andreas Zumach. Es habe einen Sieg für Nationalisten und ethnische Chauvinisten aller Volksgruppen, sei es in Pristina, Belgrad, Zagreb oder Sarajewo, gegeben. Der Kosovo sei nun vielleicht ethnisch gesäubert, doch nicht von Albanern im Sinne Milosevics, sondern zumeist von Serben, im Sinne der albanischen Extremisten und der UCK. Es mag jetzt hier sekundär sein, von welchem Autor mit welcher Intensität das Drama Kosovo und Jugoslawien behandelt wird. Besonders hervorheben möchte ich Ulrich Albrechts den Band abschließende Fragestellungen an die Politikgestaltung durch die Bundesregierung in Berlin:

1. Waren die Folgen der deutschen Entscheidung für den Krieg in Jugoslawien ernsthaft bedacht, oder war sie doch mehr eine Demonstration der Loyalität gegenüber der NATO?
2. Hatte man den in Washington konzipierten Vertragsentwurf, das Interim Agreement vom Februar 1999, speziell den militärischen Teil, genau geprüft? Bei der entscheidenden Abstimmung im Bundestag lag er vielen Abgeordneten noch gar nicht vor.
3. Sind wissenschaftliche Expertisen und das vorliegende regionalwissenschaftliche Material genutzt worden, um die heillose Fehleinschätzung, Milosevic kapituliert nach den ersten Bombenschlägen, zu vermeiden?
4. War der Bombenkrieg wirklich die ultima ratio? Hat die europäische Politik die

Lage seit 1989, seit der Aufhebung der Autonomie für Kosovo, nicht sträflich missachtet?

Solange solche Fragen von den Entscheidungsträgern und verantwortlichen Institutionen nicht für die Öffentlichkeit hörbar, und mit tragfähigen Schlussfolgerungen versehen, beantwortet werden, hat der lange und steinige Weg des Wechsels vom militärischen zum zivilen Krisenmanagement in Deutschland und Europa kaum eine Chance. Eine Politik, die die Anregungen, Analysen und Vorschläge aus dem vorliegenden Buch wirklich Ernst nimmt, könnte helfen, ihn zu ebnen und abzukürzen. Der Inhalt der Beiträge verdient es, verbreitet zu werden. Die Protagonisten des zivilen Krisenmanagements brauchen eine Lobby. Die NATO besitzt deren mehr als für einen stabilen Frieden und die Menschenrechte zuträglich ist.

*Peter Klein, Berlin*



